

Diskussionspapier des
Instituts für Organisationsökonomik

9/2016

Herausforderungen der Flüchtlingskrise
für Hochschulen

Alexander Dilger

Discussion Paper of the
Institute for Organisational Economics

**Diskussionspapier des
Instituts für Organisationsökonomik
9/2016**

September 2016

ISSN 2191-2475

Herausforderungen der Flüchtlingskrise für Hochschulen

Alexander Dilger

Zusammenfassung

Flucht und Migration sind alte und weltweite Phänomene. Letztes Jahr hat jedoch die Zahl der Flüchtlinge nach Europa und insbesondere Deutschland stark zugenommen, während die deutsche Bundeskanzlerin die bis dahin geltenden europäischen und deutschen Regeln außer Kraft setzte. Dies stellt die gesamte Gesellschaft vor enorme Herausforderungen, auch und gerade die Hochschulen, für die sich neuer Forschungs- und Lehrbedarf ergibt. Idealerweise werden dafür ergebnisoffen zusätzliche Mittel und Stellen bereitgestellt. Ansonsten müssen die Hochschulen das sowie interne Anpassungen mit Bordmitteln bewältigen.

JEL-Codes: I23, F22, H12, J15, J61, K37

Challenges of the Refugee Crisis for Universities

Abstract

Flight and migration are old and global phenomena. However, last year the number of refugees to Europe and especially Germany increased highly while the German chancellor suspended the till then prevailing European and German rules. This challenges enormously the whole society, also and notably universities, which get new tasks in research and teaching. Ideally, they get new resources and positions for these new tasks with no strings attached. Otherwise universities have to accomplish this as well as internal adaptations with their own means.

Im Internet unter:

http://www.wiwi.uni-muenster.de/io/forschen/downloads/DP-IO_09_2016

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Organisationsökonomik
Scharnhorststraße 100
D-48151 Münster

Tel: +49-251/83-24303 (Sekretariat)
E-Mail: io@uni-muenster.de
Internet: www.wiwi.uni-muenster.de/io

Herausforderungen der Flüchtlingskrise für Hochschulen

1. Einleitung

Die sogenannte Flüchtlingskrise erreichte vor einem Jahr ihren Höhepunkt, als die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel Zehntausende Flüchtlinge, die nicht in Ungarn bleiben wollten, direkt nach Deutschland einlud. Auch wenn es vielleicht nicht so gemeint war, wurde es als Einladung an alle Flüchtlinge dieser Welt nach Deutschland verstanden. Anfangs wurden die Ankommenden an deutschen Bahnhöfen beklatscht und die Kanzlerin machte Selfies mit einigen von ihnen, was ebenfalls in alle Welt verbreitet wurde. Insgesamt kamen über eine Millionen Menschen letztes Jahr nach Deutschland. Häufig wurde nicht einmal die Identität der Betroffenen festgestellt, geschweige denn ihr Flüchtlingsstatus. Neben politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlingen kamen auch Migranten aus rein wirtschaftlichen Gründen sowie Kriminelle bis hin zu Terroristen. Die bis dahin bestehenden rechtlichen Regelungen, insbesondere die europäische Dublin-III-Verordnung und Artikel 16a Grundgesetz mit zugehörigen Gesetzen wie dem Aufenthaltsgesetz, wurden faktisch außer Kraft gesetzt (vgl. Deppenheuer/Grabenwarter 2016), weil nicht mehr der erste erreichte EU-Staat für Flüchtlinge zuständig blieb, sondern Deutschland eine Sogwirkung entfaltete. Diese ließ erst 2016 nach, als die sogenannte Balkanroute durch die Transitländer gegen den erklärten Willen der deutschen Bundesregierung geschlossen wurde. Außerdem wurde ein fragiles Abkommen mit der Türkei geschlossen, die für finanzielle Zahlungen und andere Vorteile diese Personen am Verlassen des Landes hindert oder danach zurücknimmt.

Unabhängig davon, wie sich die Situation weiter entwickelt und wie viele Flüchtlinge und Migranten noch nach Europa und Deutschland kommen werden, ist bereits jetzt eine siebenstellige Zahl an Menschen da. Selbst wenn ein Teil von sich aus wieder geht und andere vielleicht abgeschoben werden, wird es umgekehrt auch Familiennachzug und auf jeden Fall weitere Flüchtlinge geben. Dies stellt nicht nur Politik und Gesellschaft allgemein vor große Herausforderungen, sondern auch Wissenschaft und Hochschulen. In diesem Beitrag soll das ohne Anspruch auf Vollständigkeit für die Bereiche Forschung (2. Kapitel), Lehre (3. Kapitel) und das Innenleben der Hochschulen (4. Kapitel) dargestellt werden. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Fazit und Ausblick (5. Kapitel).

2. Forschung zu Flüchtlingen und Migration

Die jüngste Flüchtlingskrise macht die bereits bestehende Forschung zu Flüchtlingen und Migranten besonders aktuell und wichtig. Im Folgenden werden wichtige Forschungsfragen exemplarisch aus den Wirtschaftswissenschaften angeführt, während es auch viele rechts- und geschichtswissenschaftliche, politologische, soziologische, ethnologische, geographische, sprachwissenschaftliche, pädagogische, ethische, psychologische und selbst medizinische Fragestellungen gibt. Ziel dieses Beitrags ist es nicht, den gegenwärtigen Forschungsstand darzustellen (für einen populärwissenschaftlichen Überblick zur Flüchtlingskrise siehe Jäggi 2016 oder auch Luft 2016). Zu vielen der Fragen gibt es bereits Teilantworten, die jedoch oft auf älteren Daten oder auch anderen Gegebenheiten z. B. in den USA beruhen und für die gegenwärtige Situation angepasst werden müssten (siehe z. B. Constant/Zimmermann 2013). Außerdem darf bei aller notwendigen Spezialisierung der Gesamtzusammenhang nicht vergessen werden. Nach den inhaltlichen Einzelfragen wird deshalb diskutiert, wie Hochschulen und Wissenschaftspolitik zu einer systematischen Erforschung der wichtigsten Fragen rund um die Flüchtlingskrise und Migration beitragen können, während die konkrete Forschung stets von einzelnen Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Teams geleistet wird.

Volkswirtschaftlich stellen sich zahlreiche Fragen, etwa nach den wirtschaftlichen Hintergründen von vordergründig politischen und militärischen Fluchtursachen. Für Arbeitsmigranten stehen wirtschaftliche Gründe direkt im Vordergrund. Doch nicht alle Menschen verlassen bei einem starken Gehaltsgefälle ihre Heimat. Insbesondere die absolut Ärmsten können sich das häufig nicht leisten oder wissen nicht einmal über die Möglichkeiten zur Auswanderung. Das führt zu der Frage, ob sich durch Entwicklungshilfe tatsächlich Migrationsursachen beseitigen lassen oder wirtschaftliche Entwicklung und Bildung nicht anfangs die Migration verstärken, solange sich die Lebensverhältnisse nicht stark angeglichen haben. Bei völlig freier Migration, die kein Staat zulässt, könnte dies auch durch Angleichung nach unten geschehen.

Es ist ebenfalls genauer zu untersuchen, welche wirtschaftlichen Folgen Flucht und Migration sowohl für die Herkunfts- als auch die Zielländer haben. Faktormobilität sollte eigentlich effizient sein, doch es kann neben Gewinnern, im Erwartungswert insbesondere den Migrationen selbst, die sonst nicht auswandern würden, auch Verlierer in den Herkunfts- und Zielländern geben. Wie lassen sich die Verlierer gegebenenfalls kompensieren und die Akzeptanz für insgesamt vorteilhafte Zuwanderung steigern? Es ist auch nicht jeder Migrant ein Gewinn, sondern entscheidend ist die Differenzierung nach Human- und Sozialkapital sowie der Arbeits-

und Integrationsbereitschaft. Wirtschaftlich wie sozial ist deshalb auch wichtig, wie sich die Arbeitsproduktivität steigern und die Integration verbessern lassen, insbesondere für Menschen, die ohnehin schon im Land sind und bleiben.

Mit welchen Anreizen lassen sich hier erwünschte Migranten anlocken und weniger erwünschte Personen auf humane Weise vom Kommen abhalten oder zur Rückkehr bewegen? Wie lässt sich mit begrenzten Hilfsbudgets möglichst vielen Menschen am besten helfen? Das dürfte in den meisten Fällen heimatnah effizienter möglich sein als in Europa. Schließlich gibt es auch betriebswirtschaftliche Fragen, z. B. wie die betriebliche Integration von Migranten und Flüchtlingen ins Arbeitsleben am besten gelingt und wie sich deren tatsächliche Qualifikationen bestimmen lassen.

Jeder einzelne Wissenschaftler kann solche Fragen untersuchen. Doch die Anreize dafür sind nicht unbedingt groß, insbesondere wenn es um spezifisch deutsche und europäische Probleme geht, während die am meisten zitierten wissenschaftlichen Zeitschriften amerikanisch sind und lieber Studien über die USA und deren Probleme publizieren. Deshalb wäre eine gezielte Programmförderung zur Erforschung der hiesigen Flüchtlingskrise und Möglichkeiten ihrer Bewältigung zu begrüßen (allgemein zur Förderung von Wissenschaft zu nationalen und europäischen Fragen siehe Dilger 2012).

Eine Institutionalisierung über neue Lehrstühle und Forschungsinstitute nur zu dieser Thematik ist hingegen nicht zu empfehlen, da die jetzt akute Krise hoffentlich in ein paar Jahren vorbei ist. Auch wenn die grundlegenden Probleme langfristig bestehen und neue Flüchtlingswellen auftreten, wird sich die konkrete Erscheinungsform verändern. Migration und Integration bleiben allerdings dauerhafte Themen, die langfristig erforscht werden sollten. Neben der Bereitstellung von Mitteln für diesen Themenkreis sollten auch Forschungslücken identifiziert und gezielt angegangen werden. Dafür bietet sich Auftragsforschung an, die aber ebenfalls ergebnisoffen zu erfolgen hat. Wenn die erwünschten Ergebnisse bereits vorher feststehen und z. B. nur der Regierungskurs unterstützt werden soll, handelt es sich nicht um ernsthafte Wissenschaft, sondern PR. Die Autonomie der Hochschulen und die Freiheit der Forschung und Lehre können dagegen schützen. Ebenso sollten Wissenschaftsorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) einbezogen werden, während unmittelbar mit Bundesmitteln bezahlte Forschungsinstitute zu abhängig sein dürften.

3. Herausforderungen für die Lehre

In der Hochschullehre geht es u. a. darum, die Methoden und Ergebnisse der Forschung zu vermitteln. Hinsichtlich Flüchtlingen und Migranten dürften jedoch zwei andere Aspekte noch wichtiger sein. Erstens sind an den Hochschulen Akademiker aus- und weiterzubilden, die sich in ihren Berufen außerhalb der Hochschule direkt mit Flüchtlingen und Migranten oder übergreifend mit der Flüchtlingskrise und Integrationsproblemen befassen (werden). Zweitens kommt ein Teil der Flüchtlinge und Migranten sowie von ihren Kindern selbst an die Hochschulen, um dort zu studieren oder sogar zu arbeiten. Beide Aspekte können sich außerdem überlappen, wenn Flüchtlinge, Migranten oder deren Kinder an Hochschulen studieren, um dann anderen Flüchtlingen und Migranten zu helfen.

Um Akademiker für die Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten oder übergeordnete Flüchtlings- und Migrationsprobleme zu qualifizieren, muss zuerst der Bedarf in qualitativer und quantitativer Hinsicht erfasst werden, also wie viele Personen welche Art von spezifischer Hilfe benötigen, während momentan noch nicht einmal sicher bekannt ist, wie viele Flüchtlinge seit letztem Sommer überhaupt nach Deutschland gekommen sind. Der größte Bedarf besteht vermutlich im Lehramtsbereich. Dabei sollten die angehenden Lehrer nicht rein abstrakt über die Flüchtlingskrise philosophieren, sondern praktisch anwendbare Kompetenzen erwerben. Was am besten funktioniert, ist selbst wieder empirisch zu untersuchen. So könnten zusätzliche Sprachkenntnisse der Lehrer nützlich sein, solange die Schulklassen nicht zu heterogen zusammengesetzt sind. Auch in anderen Studiengängen ist zuerst zu erheben, welche zusätzlichen Kenntnisse benötigt werden und wie sich diese am besten vermitteln lassen.

Angesichts der akuten Krise kann jedoch nicht Jahre abgewartet werden, bis neue Forschungserkenntnisse vorliegen, sondern ist der gegenwärtige Forschungsstand zu erfassen und sollten auch Praktiker befragt werden, wo sie momentan den größten Bedarf sehen oder auch selbst Weiterbildung wünschen. Schließlich ist es eine politische Entscheidung, ob z. B. islamischer Religionsunterricht oder doch lieber theologisch neutrale Religionskunde flächendeckend an öffentlichen Schulen eingeführt werden soll, um islamistische Indoktrination zu verhindern oder dieser zumindest etwas entgegenzusetzen. Der Lehrbedarf ist dann allein in diesem Bereich riesig und kann ohne viele neue zusätzliche Stellen unmöglich bewältigt werden.

Wenn Flüchtlinge und Migranten studieren wollen, stellen sich zuerst Anerkennungsfragen hinsichtlich vorhandener Qualifikationen. Wenn sie bereits Akademiker auf dem deutschen

Niveau sind, ist das bei entsprechenden Nachweisen anzuerkennen, wobei sich in vielen Berufen die zusätzliche Frage nach deutschen Sprachkenntnissen stellt. Rein formale Bescheinigungen über einen ausländischen Hochschulabschluss reichen jedoch nicht aus, weil das Verständnis von einem Hochschulstudium häufig ein anderes ist und z. B. hiesige Ausbildungsberufe in anderen Ländern an Hochschulen gelehrt werden. Wenn substantielle Nachweise fehlen oder nicht hinreichend klar sind, sollten Anerkennungsprüfungen angeboten werden (für ein entsprechendes Vorgehen außerhalb der Hochschulen siehe Paulsen et al. 2016), die nur bestehen kann, wer tatsächlich schon adäquat studiert hat. Wenn noch kein vollwertiges Studium abgeschlossen wurde, lässt sich möglicherweise ein Teil des hiesigen Studiums anerkennen oder zumindest der Hochschulzugang, wobei jeweils entsprechend zu verfahren ist. Für angehende Studierende sind hinreichend viele Deutsch- und gegebenenfalls auch Englischkurse anzubieten. Ein komplettes Studium in einer anderen Sprache sollte eher nicht in Deutschland angeboten werden, sondern dafür bietet sich ein Studienaustausch z. B. mit französischsprachigen Ländern an. Sollte es zu einer europaweiten Verteilung von Flüchtlingen kommen, sind dabei auch die bereits vorhandenen Sprachkenntnisse zu berücksichtigen.

4. Hochschulinterne Auswirkungen

Neue Forschungsschwerpunkte, Lehrinhalte und Gruppen von Studierenden bedingen Veränderungen in den Universitäten. Noch stärker gilt das für Änderungen in der Struktur der Mitarbeiter (für Professoren aus anderen Ländern siehe Weichert/Neusel/Engel 2015). Wenn es zusätzliche Gelder für die Hochschulen angesichts der Flüchtlingskrise geben sollte, können zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden. Zugleich wird es Schwerpunktverlagerungen bei den schon vorhandenen Wissenschaftlern geben. Forschung und Lehre zu dem Themenbereich werden finanziell attraktiver, während andere Themenbereiche zumindest relativ weniger attraktiv werden. Das verstärkt sich, wenn es von Bund und Ländern oder auch der EU gar keine zusätzlichen Gelder und Stellen gibt, sondern nur eine Umschichtung stattfindet. Notfalls müssten die Hochschulen von sich aus ihre aktuellen Prioritäten neu gewichten, wenn von staatlicher Seite keine zusätzlichen Mittel kommen oder sogar wegen der Flüchtlingskrise die Mittel für Forschung und Lehre insgesamt gekürzt würden, was eine sehr kurzsichtige Reaktion wäre.

Unabhängig davon, ob zusätzliche Mittel bereitgestellt werden oder eine Umschichtung auf staatlicher Ebene oder in den Hochschulen stattfindet, sollte die Anschlussfähigkeit an die bisherige Forschung und Lehre gewahrt werden. Es sind die schon vorhandenen Wissen-

schaftler, die bereits erfolgende Forschung und Lehre in diesem Bereich ausbauen oder aus benachbarten Bereichen übertragen sollten. Neue Wissenschaftler benötigen Jahre der Spezialisierung, nach denen vielleicht ein ganz anderer Bedarf besteht, weshalb ihre Bildung auf einem breiten, in einer dauerhaft wichtigen Disziplin verankerten Fundament erfolgen sollte. Gute Wirtschaftswissenschaftler werden z. B. immer gebraucht und können neben den im 2. Kapitel skizzierten Fragen auch andere erforschen und dazu lehren. Interdisziplinäre Zusammenarbeit ist hier natürlich besonders wichtig, doch die Begründung einer neuen Querschnittsdisziplin ist zumindest kurzfristig nicht zu empfehlen.

Die Integration von Menschen aus fremden Kulturkreisen ist nicht nur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sondern auch eine Herausforderung für die Hochschulen. Diese sind darauf jedoch besser vorbereitet als viele andere Institutionen. So hatten Hochschulen schon immer eine internationale Ausrichtung mit einem regen Austausch von Wissenschaftlern und Studierenden. Diese sind auch eine Positivauswahl aus der allgemeinen Bevölkerung und haben bei allen Unterschieden auch viele Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen. Trotzdem sind Anstrengungen nötig, diese Integration noch zu verbessern und z. B. grundsätzlich studierfähige Flüchtlinge und Migranten zu identifizieren. Die Vermittlung hinreichender deutscher oder englischer Sprachkenntnisse hat dabei die größte Bedeutung. Zusätzliche Mittel dafür sind hilfreich, Quoten für entsprechende Studierende und Mitarbeiter wären hingegen kontraproduktiv.

Schließlich kommen auch ganz alltägliche Integrationsfragen auf die Hochschulen zu. Wie hält man es z. B. mit der Verschleierung? Schon rein rechtlich wird man Studentinnen Kopftücher nicht verbieten können. Gilt das aber auch für Dozentinnen oder die Vollverschleierung mit Burka bzw. Niqab? Wenn männliche Studenten keine weiblichen Autoritätspersonen anerkennen, wird man ihnen das nicht durchgehen lassen können. Ebenso muss es möglich sein, alle Themen und Positionen akademisch und zivilisiert zu diskutieren ohne Rücksicht auf religiöse Tabus oder politische Korrektheit. Hochschulleitungen und Politik müssen die Wissenschaftler darin unterstützen, statt sie mit konkreten Problemen und Konflikten allein zu lassen oder ihnen gar noch in den Rücken zu fallen.

5. Fazit und Ausblick

Die akute Flüchtlingskrise und Massenzuwanderung stellen nicht nur die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen, sondern auch die Hochschulen, die in Forschung, Lehre einschließlich Weiterbildung und intern darauf reagieren müssen. Dabei müssen und sollten

sich nicht alle Hochschulen gleich verhalten, sondern sind auch hier Spezialisierung und Arbeitsteilung möglich. Idealerweise stellen die Bundesregierung, die in kürzester Zeit eine sehr große Zahl an Menschen in Abweichung von den bisherigen nationalen und europäischen Regelungen überhaupt erst ins Land gelassen hat, und die Landesregierungen dafür zusätzliche Mittel und Stellen zur Verfügung. Die Hochschulen können dann auf die zusätzlichen Anreize reagieren, bleiben dabei jedoch ihrem wissenschaftlichen Anspruch verpflichtet. Denn reine PR ist keine Wissenschaft und wer nicht studierfähig ist, sollte auch nicht studieren oder gar einen Abschluss erhalten, selbst wenn dies finanziell belohnt würde.

Gibt es hingegen gar keine zusätzlichen Mittel vom Staat, müssen die Hochschulen und Wissenschaftler trotzdem reagieren. Wichtige Fragen sind in jedem Fall zu erforschen, wenn auch nicht jeder dasselbe erforschen sollte. Ebenso sind veränderte Anforderungen in der beruflichen Praxis von Akademikern in der wissenschaftlichen Lehre aufzugreifen. Schließlich kommen Flüchtlinge und Migranten an die Hochschulen, um dort zu studieren und zu arbeiten, was zusätzliche Anstrengungen erfordert, aber auch Chancen eröffnet.

Literatur

- Constant, Amelie F./Zimmermann, Klaus F. (Hrsg.) (2013): „International Handbook on the Economics of Migration“, Edward Elgar, Cheltenham (UK) und Northampton (MA).
- Deppenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.) (2016): „Der Staat in der Flüchtlingskrise: Zwischen gutem Willen und geltendem Recht“, Schönburger Schriften zu Recht und Staat, Band 5, Ferdinand Schöningh, Paderborn.
- Dilger, Alexander (2012): „Förderung von Wissenschaft zu nationalen und europäischen Fragen“, Diskussionspapier des Instituts für Organisationsökonomik 5/2012, Münster.
- Jäggi, Christian J. (2016): „Migration und Flucht: Wirtschaftliche Aspekte – regionale Hot Spots – Dynamiken – Lösungsansätze“, Springer Gabler, Wiesbaden.
- Luft, Stefan (2016): „Die Flüchtlingskrise: Ursachen, Konflikte, Folgen“, C. H. Beck, München.
- Paulsen, Hilko/Kortsch, Timo/Kauffeld, Simone/Naegele, Laura/Mobach, Ireen/Neumann, Bernd (2016): „Anerkennung der beruflichen Kompetenzen von Flüchtlingen: Ein Beitrag zur Integration“, Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationsforschung (GIO), Band 47, Heft 3, S. 243-254.
- Weichert, Doreen/Neusel, Aylâ/Engel, Ole (2015): „Differenzierung an der Hochschule durch Internationale ProfessorInnen“, in: Banscherus, Ulf/Engel, Ole/Mindt, Anne/Spexard, Anna/Wolter, André (Hrsg.): „Differenzierung im Hochschulsystem: Nationale und internationale Entwicklungen und Herausforderungen“, Waxmann, Münster, S. 221-242.

Diskussionspapiere des Instituts für Organisationsökonomik

Seit Institutsgründung im Oktober 2010 ist monatlich ein Diskussionspapier erschienen. Im Folgenden werden die letzten zwölf aufgeführt. Eine vollständige Liste mit Downloadmöglichkeit findet sich unter <http://www.wiwi.uni-muenster.de/io/de/forschen/diskussionspapiere.html>

- DP-IO 9/2016** Herausforderungen der Flüchtlingskrise für Hochschulen
Alexander Dilger
September 2016
- DP-IO 8/2016** Bedingte Aktiengeschäfte
Alexander Dilger
August 2016
- DP-IO 7/2016** The Weakest Link in a Strong Team?
Performance of Players With and Without Outside Options in Relegated Football Clubs
Michael Müller
Juli 2016
- DP-IO 6/2016** Abfindungen für Vorstandsmitglieder
Empirische Untersuchung der Entsprechenserklärungen von CDAX-Unternehmen
Ute Schottmüller-Einwag
Juni 2016
- DP-IO 5/2016** Zahlungsbereitschaften für deutsche Erfolge bei den Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi und die Austragung Olympischer Spiele in Deutschland
Linn-Brit Bakkenbüll/Alexander Dilger
Mai 2016
- DP-IO 4/2016** Aktuelle Probleme der EU
Alexander Dilger
April 2016
- DP-IO 3/2016** Implikationen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes für Hochschulen und Mitarbeiter
Alexander Dilger
März 2016
- DP-IO 2/2016** Fördert sportliche Aktivität den beruflichen Aufstieg?
Michael Müller
Februar 2016
- DP-IO 1/2016** Does Attractiveness Win?
On the Gender-Specific Impact of Attractiveness on Athletic Performance in Tennis
Linn-Brit Bakkenbüll
Januar 2016
- DP-IO 12/2015** Drittmittelorientierung als Risiko für Hochschulen
Alexander Dilger
Dezember 2014
- DP-IO 11/2015** The Willingness to Pay for a German Win of the 2014 FIFA World Cup in Brazil
Linn-Brit Bakkenbüll/Alexander Dilger
November 2015
- DP-IO 10/2015** 5. Jahresbericht des Instituts für Organisationsökonomik
Linn-Brit Bakkenbüll/Alexander Dilger
Oktober 2015



Herausgeber:
Prof. Dr. Alexander Dilger
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Organisationsökonomik
Scharnhorststr. 100
D-48151 Münster

Tel: +49-251/83-24303
Fax: +49-251/83-28429

www.wiwi.uni-muenster.de/io

